

Antrag

der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP

Wahlen in den Palästinensischen Gebieten

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag begrüßt die schnelle Entscheidung der Palästinensischen Autonomiebehörde, die Wahl zum Präsidenten am 9. Januar 2005 durchzuführen. Ebenso wichtig ist die möglichst baldige Durchführung der Parlamentswahl und der noch ausstehenden Kommunalwahlen. Die Wahl eines demokratisch legitimierten neuen Präsidenten ist eine wichtige Voraussetzung für die Reformen des politischen Systems in Palästina.

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

gemeinsam mit unseren Partnern in der EU, mit den USA, Russland und dem Generalsekretär der Vereinten Nationen alles ihr Mögliche zu tun, damit die notwendigen Voraussetzungen für eine freie und faire Wahl eines neuen Präsidenten in den Palästinensischen Gebieten am 9. Januar 2005 geschaffen werden. Zu den Voraussetzungen gehören die notwendige Bewegungsfreiheit, die für eine freie Wahlausübung unverzichtbar ist, und die Beteiligung der in Ost-Jerusalem lebenden Palästinensern an der Wahl. Freie und faire Wahlen in den palästinensischen Gebieten können einen Beitrag zur Wiederbelebung des Friedensprozesses, zur Umsetzung der Road Map und zur Beendigung von Terror und Gewalt sein.

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung ferner auf,

aktiv dazu beizutragen, dass die in den Palästinensischen Gebieten noch ausstehenden Parlaments- und Kommunalwahlen unter geeigneten Bedingungen so früh wie möglich durchgeführt werden können.

Berlin, den 15. Dezember 2004

Franz Müntefering und Fraktion

Dr. Angela Merkel, Michael Glos und Fraktion

Katrin Göring-Eckardt, Krista Sager und Fraktion

Dr. Wolfgang Gerhardt und Fraktion

Begründung

Die Präsidentschaftswahl in den Palästinensischen Gebieten muss im Einklang mit dem palästinensischen Grundgesetz (Basic Law) erfolgen. Da dessen Be-

stimmungen eine 60-Tage-Frist für die Wahl eines Staatsoberhauptes nach dem Tod des Präsidenten vorsehen, hat die Palästinensische Behörde (PA) den 9. Januar 2005 als Tag der Präsidentschaftswahl angesetzt.

Auch Parlaments- und die bereits vorbereiteten Kommunalwahlen müssen sobald wie möglich stattfinden. Alle Wahlen sind unerlässlich. Sie tragen entscheidend dazu bei, die Legitimation und damit die Handlungsfähigkeit der PA nach innen wie nach außen zu stärken. Eigene Beiträge der internationalen Staatengemeinschaft, des Nahost-Quartetts und insbesondere der USA, der Europäischen Union und in deren Rahmen der Bundesrepublik Deutschland sind nötig, um den Wahlen in den Palästinensischen Gebieten zum Erfolg zu verhelfen. Dazu gehören auch finanzielle Unterstützung und die Entsendung von Beobachtern. Ebenso unerlässlich ist eine konstruktive Mitwirkung der israelischen Regierung.

Wahlen sind ein wichtiger Bestandteil der rechtsstaatlichen und demokratischen Reformen in den palästinensischen Gebieten ebenso wie ein Petitum der Road Map. Mit der für den 9. Januar 2005 angesetzten Präsidentschaftswahl in den Palästinensischen Gebieten muss der ernsthafte Versuch unternommen werden, die Road Map und damit den Friedensprozess wieder zu beleben. Das Ziel dieses Prozesses bleibt die Gründung eines souveränen, demokratischen und lebensfähigen Staates Palästina, der in Frieden an der Seite Israels in sicheren und anerkannten Grenzen existiert.